N i e d e r s c h r i f t
StUK/032/2024

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine am 13.11.2024

Die heutige Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender

Mitglieder:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied
Herr Dominik Bems	SPD	Ratsmitglied
Herr Matthias Berlekamp	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Volker Brauer	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Silke Friedrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Christian Heckhuis	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Marius Himmler	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Heinz-Jürgen Jansen	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Dr. Angelika Kordfelder	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Günter Maaß	CDU	Ratsmitglied
Herr Jörg Niehoff	FDP	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Herr Tobias Rennemeier	CDU	Ratsmitglied
Herr Heinz-Jürgen Wisselmann	BfR	Sachkundiger Bürger
Herr Holger Wortmann	CDU	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Tobias Frönd		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Robert Winnemöller	CDU	Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat

Vertreter:

Herr Lutz Albers	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Reinhard Hundrup
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Vertretung für Frau Elke Rochus-Bolte
Frau Helga Niedoba	CDU	

Verwaltung:

Herr Mark Dieckmann	Beigeordneter
Frau Elke Jaske	Fachbereichsleiterin Planen und Bauen
Herr Matthias van Wüllen	Produktverantwortlicher Stadtplanung
Herr Pablo Vaßholz	Schriftführer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Reinhard Hundrup	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Frau Elke Rochus-Bolte	SPD	Ratsmitglied

Herr Hachmann eröffnet die heutige Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird Herr Lutz Albers verpflichtet.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 31 über die öffentliche Sitzung am 09.10.2024

Änderungs- oder Ergänzungswünsche werden nicht vorgetragen. Die Niederschrift ist somit genehmigt.

2. Informationen der Verwaltung

2.1. Informationen der Verwaltung zur Stadtentwicklung

Herr Dieckmann berichtet zu den Dorftagen in Gellendorf, Rodde und Elte. Von den Mitarbeitenden vor Ort habe er gehört, dass die Veranstaltungen gut angenommen worden seien. Es gebe viele gute Anregungen für die einzelnen Dörfer, die man trotz der schwierigen Haushaltslage durchsprechen und ggf. dann umsetzen werde. Nicht jede gute Idee gehe auch immer gleich mit hohen Kosten einher.

Herr Dieckmann stellt die vorab hochgeladenen Informationen zum Vorhaben von Amprion und dem Regionalplan Münsterland vor.

Herr van Wüllen stellt den aktuellen Sachstand zum ISEK Schotthock vor. Momentan arbeite man an dem Rahmenplan Stadtteilzentrum. Für den Umgang mit dem Innenbereich werde es ein wettbewerbliches Verfahren geben. Er rechne damit, dass in der nächsten Ausschusssitzung ein Ergebnis zur Maßnahme Imagebildung vorgestellt werden könne. Die Machbarkeitsstudie zum Stadtteilzentrum werde Anfang nächsten Jahres abgeschlossen sein.

2.2. Informationen der Verwaltung zur Umwelt und zum Klimaschutz

Es liegen keine Informationen vor.

3. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen aus der Einwohnerschaft vor.

4. Energetisches Quartierskonzept Schotthock-Süd nach KfW 432
Vorlage: 443/24

Herr Gleim und Frau Knepper sind stellvertretend für die Innovation City Management GmbH (ICM) anwesend. ICM hat für das Quartier Schotthock-Süd ein energetisches Quartierskonzept erstellt. Sie präsentieren den Ausschussmitgliedern die Ergebnisse.

Herr Doerenkamp stellt fest, dass in den Gebäuden aus den Jahren 1970 bis 1975 jede Menge Potenzial stecke. Er fragt, ob sich die Analyse auch damit befasse, wer in diesen Gebäuden wohnt bzw. wie alt die Bewohner dort sind. Er gehe davon aus, dass viele Menschen in höherem Alter gar kein Interesse daran hätten, ihr Haus noch energetisch auf den neusten Stand zu bringen.

Frau Knepper erklärt, dass die Herausforderung prinzipiell immer die gleiche sei. Mit der Demografie habe sich die Analyse deshalb nicht tiefer befasst. Selbst wenn man wüsste, in welchem Alter sich die Bewohner befinden, müsste in jedem Einzelfall geschaut werden, ob sie oder potenzielle Erben bereit wären, weiter in das Eigentum zu investieren. Individuelle Beratung könne möglicherweise einen Lösungsansatz für diese Problematik darstellen.

Herr Bems macht darauf aufmerksam, dass es von hoher Bedeutung sein werde, wie Förderungen in diesem Bereich aussehen. Es wäre sehr schade, wenn man finanziell zwar diese Analyse stemmen, aber den Bürgern nicht bei der Umsetzung der tatsächlichen Maßnahmen unter die Arme greifen könne. Er hofft, dass auch auf Ebene des Bundes hier weiter investiert werde. Leider befürchte er, dass die für 2025 angesetzten Ausgaben für den Klima- und Transaktionsfond, nicht wie geplant, bestehen bleiben. Darunter könnte die energetische Stadtsanierung dann erheblich leiden.

Herr Ortel erläutert, dass ihm die Darstellung eines realistischen Szenarios fehle. Hinweise auf die immensen Schwierigkeiten, die die Umsetzung der energetischen Sanierung mit sich bringe, halte er für sehr wichtig. Er berichtet von Erfahrungen aus seinem eigenen Umfeld. Allein die Überlastung der Energieberater führe zu langen Wartezeiten und Verzögerungen in der Umsetzung. Auch nach einer Beratung sei ein Großteil der Bürgerschaft sehr zurückhaltend mit Investitionen.

Frau Friedrich merkt an, dass es durchaus schon Förderstrukturen gebe, um an diesem Punkt anzusetzen. Die hohe Nachfrage der Bürger sei erstmal ein positives Zeichen, auf dem man aufbauen könne. In diesem Fall sei der Einfluss, den die Lokalpolitik haben könne, leider recht begrenzt. Man müsse sich trotzdem darum bemühen, den Bürgern die richtigen Impulse mit auf den Weg zu geben. Das Bewerben von Veranstaltungen, die sich mit solchen Themen befassen, sei schon ein wichtiger Schritt. Es müsse das Ziel der Politik und der Verwaltung sein, zusammen mit den Bürgern eine Kultur der Veränderung und des Umdenkens zu erschaffen. Pessimistisch an diese Sache heranzugehen, führe zu nichts.

Herr Rennemeier fragt, ob es Beispiele aus anderen Kommunen gebe, die zeigen, wie man die Bürgerschaft zu entsprechenden Sanierungen bewegen könne.

Frau Knepper klärt darüber auf, dass jede Kommune ihren eigenen Weg finden müsse, um dieses Ziel zu erreichen. Was grundsätzlich immer helfe, seien regelmäßige Informationen. Andauernde Konfrontation mit dem Thema führe dazu, dass sich ein Bewusstsein bei den Menschen entwickeln könne.

Herr van Wüllen stellt kurz die Situation im Schotthock dar. Von der Quartiersmanagerin, die primär für sozialen Zusammenhalt sorgen solle, könne man nicht erwarten, die Durchführung von Energieberatungen zu übernehmen. Er hoffe, dass die vierte Ausschreibung für einen Quartiersarchitekten einen geeigneten Bewerber hervorbringe. Sollte das gelingen, werde man versuchen auch die energetische Beratung mehr in den Vordergrund der Arbeit zu stellen. Das sei eine gute Möglichkeit, um dort zumindest punktuell Schritte nach vorne zu machen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine das integrierte energetische Quartierskonzept Schotthock-Süd zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.06.2024 zu Pachtverträgen für Ackerflächen und Wiesen der historischen Kulturlandschaft Bentlage Vorlage: 347/24/1

Frau Friedrich geht auf die Vorlage der Verwaltung ein. Sie bedankt sich für die Informationen, die die Verwaltung hierzu nachgereicht habe. Nach weiteren Rücksprachen mit dem Kreis Steinfurt und der Landwirtschaftskammer habe sich herausgestellt, dass der Knackpunkt der finanziellen Auswirkungen für die Stadt, sich an dem Begriff der extensiven Nutzung aufhänge. Durch eine Konkretisierung dieses Begriffes könne man einen Wertverlust verhindern. Deshalb schlägt sie vor, dass die Verpachtung zukünftig nach EU-Öko-Richtlinie erfolgen solle. Sie bittet darum, dass die Verwaltung Auskunft darüber erteile, wie die Pachtverträge dort ausgestaltet seien, auch hinsichtlich der Fristen. Ihr sei klar, dass man den Pächtern solch eine Auflage nicht in kürzester Zeit auferlegen wolle.

Herr Dieckmann erklärt, dass die Pachtverträge immer zum Ende des jeweiligen Wirtschaftsjahres, also zum 31.10. auslaufen würden. Die Kündigungsfrist betrage 6 Monate. Es handle sich um drei verschiedene Pächter. Er regt an, den Zeitrahmen für den Wechsel von intensiver zu extensiver Bewirtschaftung, so auszugestalten, dass die Stadt noch entsprechende Öko-Punkte für die Wiesen bekommen könne.

Frau Friedrich schlägt vor, der Verwaltung dafür drei Jahre Zeit zu geben. Das halte Sie für ausreichend, um mit den Pächtern vernünftig in den Dialog gehen zu können und die Öko-Punkte zu sammeln.

Herr Dieckmann erläutert, dass er das in Bezug auf die Ackerflächen für einen guten Vorschlag halte. Bei den Wiesen sei es vorab nicht möglich einzuschätzen, wann man diese für einen Ausgleich verwenden könne. Deshalb sei es sinnvoll, hier noch keinen genauen Zeitraum festzulegen und dies im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Pflege- und Entwicklungsplans zu tun.

Herr Bems erklärt, dass die SPD einem entsprechenden Beschlussvorschlag folgen würde. Er verstehe, dass die Verwaltung etwaige Öko-Punkte nicht verschwenden möchte. Trotzdem sei die Zustimmung an die Bedingung geknüpft, dass der Unterschied in der zeitlichen Umsetzung zwischen Ackerflächen und Wiesen gering ausfalle. Die Kulturlandschaft Bentlage als solches müsse Priorität haben und nicht die wirtschaftliche Verwertbarkeit der Flächen.

Herr Doerenkamp unterstützt die Idee im Namen der CDU ebenfalls. Solange das weder einen Wertverlust noch existenzielle Probleme für die Pächter bedeute, sei es an der Zeit etwas Wertvolles für die Kulturlandschaft Bentlage zu tun. Die Zeit von 3 Jahren halte er ebenfalls für angemessen.

Herr Ortel fragt, ob die Verwaltung genauere Zahlen zu den finanziellen Auswirkungen für die Stadt vorlegen könne. Im alternativen Beschlussvorschlag sei nur davon die Rede, dass auch die wirtschaftlichen Aspekte der Stadt Rheine in der Gesamtbetrachtung mit einzubeziehen seien.

Herr Dieckmann führt aus, dass dieser Ausdruck bewusst sehr allgemein gehalten sei. Es gebe keine Formel, die die Wertminderung durch verschiedene Restriktionen auf der Fläche genau berechne. Nur durch eine aufwendige Wertermittlung käme man auf exakte Zahlen.

Frau Friedrich erklärt, dass die vorgeschlagenen drei Jahre aus ihrer Sicht auch ausreichen müssten, um die Öko-Punkte für die Flächen zu bekommen. Zeitlich zu viel Spielraum zu geben, halte sie für ein falsches Signal.

Herr Wisselmann weist darauf hin, dass der Verlust der Biodiversität ebenso Wertverluste nach sich ziehe. Er glaube, dass diese im Verhältnis zu dem Wertverlust, über den gerade diskutiert werde, deutlich höher ausfalle.

Herr Hachmann stellt klar, dass der Marktwert keine große Rolle spielen dürfte. In diesem Gebiet wolle die Stadt ohnehin keine Flächen verkaufen. Minimal geringere Erträge durch Pachten müssten für den Haushalt zu verkraften sein. Dass die aktuellen Pächter nicht abspringen, halte er für wichtig. Deshalb sei es richtig, der Verwaltung eine entsprechende Zeit einzuräumen, um das mit den Pächtern zu besprechen. Er schlägt vor, die Öko-Punkte beim Ausgleich primär aus diesem Gebiet zu holen.

Herr Doerenkamp fragt, ob die Flächen auch rückwirkend für die Öko-Punkte verwendet werden könnten.

Herr Dieckmann erläutert, dass der Eingriff und der Ausgleich in der Regel in einem zeitlichen Zusammenhang stattfinden müsse und das deshalb nicht funktioniere. Die UNB achte mittlerweile vermehrt darauf, dass der Eingriff und der Ausgleich auch in einem räumlichen Zusammenhang stehen. Deswegen sei es auch nicht möglich zu bestimmen, die Flächen aus Bentlage primär zu verwenden.

Frau Friedrich macht deutlich, dass sie das Gefühl habe, die Argumentation der Verwaltung diene nur dem Zweck zu verzögern. Es sehe so aus, als baue die Verwaltung künstliche Hürden auf, sodass man das Gespräch mit den Landwirten über die Extensivierung nicht führen müsse.

Auf Anfrage von Frau Dr. Kordfelder wird die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen, damit die Verwaltung einen Formulierungsvorschlag für den Beschluss machen kann. Über diesen wird nach der Unterbrechung abgestimmt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine zu beschließen, dass die Verwaltung die städtischen Flächen (Ackerflächen und Wiesen) in Bentlage einer gemäß EU-Öko-Richtlinien konformen Nutzung zuführt. Dazu werden die existierenden Pachtverträge für Ackerflächen und Wiesen bis zum 31.12.2027 angepasst oder neu verpachtet mit Auflagen bezüglich einer EU-Öko-Richtlinien konformen Nutzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Emsauenquartier Walshagen (ehem. Kümpers) - Regelungen zum Kesselhaus Vorlage: 221/24

Herr Dieckmann stellt die Vorlage vor.

Herr Doerenkamp teilt mit, dass er sich über den Umgang mit dem Kesselhaus freue. Es sei wichtig, dass man im Nachhinein erkennen könne, wie es damals aussah. Wenn dafür jetzt vorerst das Kesselhaus abgerissen werden müsse, um es dann neu zu errichten, könne er damit gut leben.

Herr Bems stimmt Herrn Doerenkamp zu. Manchmal müsse man bei Erhaltungsmaßnahmen eben mehr ändern, als ursprünglich gewollt, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Ihn interes-

siere, wie der Stand in den Gesprächen mit dem Investor sei. Außerdem gebe es in der Bürgerschaft ein wenig Unruhe wegen der Reihenfolge der verschiedenen Maßnahmen an der Spinnerei und auf der Wiese. Er bittet darum, das Vorgehen dort zu erläutern.

Herr Dieckmann erklärt, dass man vertraglich sichergestellt habe die Spinnerei anzugehen bevor man mit dem südlichen Teil des Neubaugebietes bzw. mit der Wiese starte. Die Baugenehmigung für die Spinnerei sei mittlerweile erteilt. Von außen sehe man bislang noch nicht viel. Trotzdem werde dort bereits gearbeitet. Das liege vor allem an schwierigen baulichen Herausforderungen, die bis ins kleinste Detail mit dem Investor und dem LWL bewältigt werden müssten. Alle das Kesselhaus betreffenden Fragestellungen löse die Stadt mit dem LWL als Vertragspartner. Es werde einen ergänzenden städtebaulichen Vertrag geben, der die Umwandlung des alten und maroden Kesselhauses in ein „neues“ absichere. Damit habe der Investor aber nichts zu tun.

Herr van Wüllen ergänzt, dass auf der Wiese bislang nur Erschließungsarbeiten stattfinden würden und nicht der Bau von Gebäuden. Es sei so geregelt, dass Bauanträge für Gebäude im Süden erst nach erfolgtem Baubeginn an der Spinnerei gestellt würden. Mit der Erschließung später anzufangen, würde zu unnötigen Verzügerungen führen.

Frau Friedrich erklärt, dass die GRÜNEN der Vorlage zustimmen würden. Auf diesem Weg die Authentizität des Ortes zu erhalten, halte sie für richtig. Auch die Ansiedlung der Schule des LWL bewerte sie als positiv.

Herr Winnemöller fragt, ob der Sanierungsauftrag des Kesselhauses einen erheblichen zeitlichen Nachteil mit sich bringe.

Herr Dieckmann teilt mit, dass er dazu keine klare Auskunft geben könne, da der LWL der Bauherr sei. Er gehe aber davon aus, dass die Maßnahme zeitgleich zur Errichtung der Förderschule stattfinde. Das Konzept der Schule werde zunächst allerdings noch ausgearbeitet, sodass auch hier noch kein Zeitpunkt feststehe.

Herr Winnemöller erinnert an seinen Vorschlag, das Kesselhaus für eine Kultkneipe zu nutzen.

Herr van Wüllen erläutert, dass die beiden Fassaden auf der Süd- und der Westseite bis zum Baubeginn der Schule erstmal stehen bleiben würden. Für das Gesamtgelände plane der LWL einen Architekturwettbewerb. Was dort dann entstehe, könne er nicht einschätzen.

Herr Jansen macht darauf aufmerksam, dass in der Begründung des Bebauungsplans dort von einem zentralen Treff- und Anlaufpunkt gesprochen werde.

Herr van Wüllen erklärt, dass der Wunschgedanke weiterhin sei, dort etwas Identitätsstiftendes zu schaffen. Der LWL wird aller Voraussicht nach versuchen, dort eine mit der Schule in Zusammenhang stehende Nutzung zu erreichen. Eine konkrete Vorgabe sehe der Bebauungsplan nicht vor.

Beschluss:
Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt, dass der weitere Umgang mit dem ehem. Kesselhaus auf dem Gelände des Emsauenquartiers Walshagen (ehem. Kümpers) gemäß dem dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügten Vermerk zu regeln ist. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, mit dem Eigentümer diesbezüglich verbindliche Vereinbarungen über eine Ergänzung des städtebaulichen Vertrages zu treffen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Überarbeitung der Gestaltungssatzung der Stadt Rheine Vorlage: 425/24

Herr Dieckmann stellt die Vorlage vor. Im Kern gehe es hier darum, die Satzung zeitgemäß anzupassen und den Gestaltungsbereich neu zu definieren.

Herr Doerenkamp bittet darum, die entsprechenden Akteure, wie den Innenstadtverein, frühzeitig einzubinden und nicht vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Beschluss:
Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt die Überarbeitung der Gestaltungssatzung der Stadt Rheine. Hierzu beauftragt der Ausschuss die Stadtverwaltung, die bestehende Gestaltungssatzung hinsichtlich ihrer Aktualität und Angemessenheit zu überprüfen und konkrete Änderungsvorschläge zu formulieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Richtlinie zum Förderprogramm zur städtebaulichen Aufwertung von Gebäuden und Freiflächen - ISEK Schotthock Vorlage: 439/24

Herr Dieckmann stellt die Vorlage vor.

Herr Doerenkamp bittet darum, Anträge ausschließlich online entgegenzunehmen. Eine hybride Antragstellung führe nur zu Mehrarbeit und sei nicht mehr zeitgemäß.

Herr Dieckmann stimmt Herrn Doerenkamp zu. Jeder Vorgang, der hybrid ablaufe, bedeute zusätzlichen Aufwand Er habe jedoch noch Bedenken bezüglich der rechtlichen Situation im Hinblick auf Diskriminierung und die Förderrichtlinien. Die Anregung werde von der Verwaltung mitgenommen und geprüft.

Frau Friedrich spricht das Thema der Lichtgestaltung an. In Rheine arbeite man glücklicherweise mit der Lichtabschaltung in der Nacht. Es falle auf, dass privates Licht dies manchmal überkompensiere. Sie sehe hier potenziell ein Biodiversitätsproblem aufgrund von Lichtverschmutzung. Sie bittet darum, mit zusätzlicher Beleuchtung sensibel umzugehen. Das Augenmerk müsse eher auf der Wiederherstellung und Begrünung von Fassaden liegen. Dem Beschlussvorschlag könne sie trotzdem folgen.

Herr van Wüllen erläutert seine Sichtweise zu dieser Thematik. Er glaubt, dass der Einfluss, den die Stadt durch ein gefördertes Beleuchtungskonzept ausübe, eher positiv zu sehen sei. Über den Rahmenplan Innenstadt habe man die Betroffenen hierzu teilweise inhaltlich beraten können. Belange des Insekten- und Artenschutzes spreche man dabei dann auch an.

Herr Brauer fragt, ob es schon neue Informationen bezüglich der Freiflächen auf den Schulhöfen gebe.

Herr van Wüllen verweist auf die vorhandene Zeitplanung. Diese halte man aller Voraussicht nach ein.

Beschluss:
Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt, im Rahmen der Umsetzung des ISEK Schotthock, die Richtlinie des Förderprogramms zur städtebaulichen Aufwertung von Gebäuden und Freiflächen und nimmt die Anlagen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. 4. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 197, Kennwort: "Hansastraße Nord", der Stadt Rheine

I. Änderung- und Ergänzungsbeschluss
II. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit
Vorlage: 442/24

Herr van Wüllen stellt die Vorlage vor. Der Bebauungsplan ermögliche dem Baumarkt OBI sich zukunftsgerecht aufzustellen. Die Fläche werde vergrößert und das Sortiment leicht angepasst. Laut Einzelhandelsgutachten habe dies keine negativen Auswirkungen. Der Artenschutz werde momentan geprüft.

Herr Jansen fragt, ob die Grünfläche in Richtung der Overbergstraße betroffen sei. Dort befinde sich besonders wertvoller Baumbestand.

Herr van Wüllen teilt mit, dass sich dort nichts ändere und verweist auf die Baumschutzsatzung.

Beschlüsse:

I. Änderungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt gemäß § 1 Abs. 8 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 197, Kennwort: "Hansastraße-Nord", der Stadt Rheine im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB zu ändern und zu ergänzen.

Der räumliche Änderungsbereich wird wie folgt begrenzt:

im Norden: durch die Südseite der Bahnstrecke der Tecklenburger Nordbahn mit den Grenzen der Flurstücke 1110 und 1111 bis zur Overbergstraße,

im Osten: durch die Westseite der Overbergstraße,

im Süden: durch die Nordseite der Paulstraße auf etwa 150 m gemessen von der Hansaallee in östliche Richtung sowie den Nordseiten der Grundstücke Paulstraße 53 bis 95 (ungerade Hausnummern) sowie der Nordseite des Grundstücks Overbergstraße 37,

im Westen: durch die Ostseite der Hansaallee bis zur Straße „Am Kleinbahnhofe“, dann weiterführend bis zur Bahnstrecke der der Tecklenburger Nordbahn (Flurstück 1111).

Die Flurstücke befinden sich in der Flur 169 der Gemarkung Rheine-Stadt.

Der räumliche Geltungsbereich ist im Übersichtsplan bzw. Bebauungsplan geometrisch eindeutig festgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

II. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt, dass gemäß § 3 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB für die 4 Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 197, Kennwort: "Hansastraße-Nord", der Stadt Rheine eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen ist.

Die öffentliche Unterrichtung über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung soll durch eine ortsübliche Bekanntmachung in der Presse mit anschließender 3-wöchiger Anhörungsgelegenheit im Fachbereich Planen und Bauen/Stadtplanung der Stadt Rheine erfolgen. Während dieser Anhörung ist allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Teiljahresabschlussbericht 2023, Fachbereich 5, PG 51 und 55 Vorlage: 382/24

Kenntnisnahme:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz nimmt den Teiljahresabschlussbericht 2023 für den Fachbereich 5 – Produktgruppen 51 und 55 zur Kenntnis.

11. Berichtswesen 2024, Stichtag 31.10.2024 Fachbereich 5 - Planen und Bauen Produktgruppen 51 und 55 Sonderprojekte IHK Dorenkamp, Konversion und ISEK Schotthock Vorlage: 391/24

Kenntnisnahme:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 5 – Planen und Bauen, Produktgruppen 51 und 55 sowie die Sonderprojekte IHK Dorenkamp, Konversion und ISEK Schotthock mit dem Stand der Daten vom 31.10.2024 zur Kenntnis.

12. Beratung Stellenplan 2025, Fachbereich 5 - Planen und Bauen, PG 51 und 55 sowie Sonderprojekte IHK Dorenkamp, ISEK Schotthock und Konversion Vorlage: 360/24

Frau Friedrich fragt, ob die befristete Stelle in der Stadtplanung notwendig sei. Sie denke dabei daran, dass es momentan genügend zur Verfügung stehendes Bauland gebe, das noch nicht an den Markt gebracht werden könne.

Frau Jaske erklärt, dass es sich hierbei nicht um eine neue, sondern zzt. unbesetzte Stelle handele, die zur Bewältigung des Arbeitsprogramms von Herrn van Wüllen mit eingeplant sei.

Herr van Wüllen macht darauf aufmerksam, dass in der Stadtplanung an mehr als nur der Bauleitplanung für Wohnbebauung gearbeitet werde. Er mache sich keine großen Sorgen über zu wenig Arbeit.

Herr Bems spricht die Entwicklung des Fachkräftemangels an. Er fragt, ob sich in jüngerer Vergangenheit etwas an der Situation mit den vielen freien Stellen verändert habe.

Herr Dieckmann führt dazu aus, dass eine Ausbildungsstelle nicht besetzt werden könne. Hier starte bald eine zweite Ausschreibungsrunde. Ansonsten scheint es im einen oder anderen Bereich des Bausektors gerade etwas verunsicherter zu sein. Er sei gespannt, wie die Resonanz auf die zukünftigen Ausschreibungen aussehe und glaube an vielversprechende Bewerbungen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Haupt-, Digital- und Finanzausschuss, dem Rat der Stadt Rheine zu empfehlen,

1. den als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 5 – PG 51 und 55 in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2025 zu übernehmen.

2. die nachstehenden befristeten Stellen des Fachbereiches 5 – PG 51 und 55

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Stelle	Stellenanteil / Wert	befristet in Monate
1	Stadtplanung/Bauleitplanung	1,0 / EG 11	60
	Summe	1,0	

die nicht Bestandteil des Stellenplanes sind, zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2025 - 2028 Fachbereich 5 - Planen und Bauen - Produktgruppen 51 und 55 sowie Sonderprojekte IHK Dorenkamp, ISEK Schotthock und Konversion Vorlage: 394/24

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, das Budget des Fachbereichs 5 – Produktgruppen 51 und 55 sowie der Sonderprojekte

IHK Dorenkamp, ISEK Schotthock und Konversion mit den Werten aus dem Haushaltsplanentwurf 2025 unter Berücksichtigung der in der Begründung aufgeführten Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig
bei 3 Enthaltungen

14. Anfragen und Anregungen

Anfragen und Anregungen liegen nicht vor.

Ende der Sitzung: 19:14 Uhr

Andree Hachmann
Ausschussvorsitzender

Pablo Vaßholz
Schriftführer